

Meldungen

www.klimaseite.info

Der UN-Klimagipfel in Glasgow bringt etwas Fortschritt

Die von 31. Okt. bis 12. November 2021 angesetzte UN-Klimakonferenz mit 40.000 angemeldeten Teilnehmer aus fast 200 Staaten ging erst am Abend des 13. November nach Verlängerung, nach mühsamem Ringen um Kompromisse und den Text der Abschlusserklärung, bei dem Einstimmigkeit gefordert ist, zu Ende.

Schon im Vorfeld der UN-Klimakonferenz COP 26 in Glasgow hatten wissenschaftliche Untersuchungen und der erste Teil des IPCC-Sachstandsberichts klar gemacht, dass in den Jahren seit der UN-Klimakonferenz von Paris 2015 zu wenig getan wurde für das Erreichen des 1,5 Grad Ziels. Ein Teil der Staaten hat die im Pariser Abkommen geforderten, im Umfang aber frei wählbaren nationalen Beiträge (NDCs) zur Reduzierung der Treibhausgase noch gar nicht gemeldet, die gemeldeten sind in Summe unzureichend. Entsprechend eindringlich fielen die Warnungen und Mahnungen in den Wochen vor Glasgow und zum Auftakt aus. NGOs und FFF-Bewegung prangerten vor und auf der Konferenz die Handlungsdefizite an und verspotteten die konsequenzlosen Reden von prominenten Politikern („No more bla, bla!“): nachvollziehbar, da UN-Klimakonferenzen schon des Öfteren kaum mehr als heiße Luft produziert hatten.

Die Erkenntnis, dass die Untergrenze des 1,5 Grad des Pariser Zielkorridors erreicht werden muss, die Obergrenze von 2 Grad also zur Schadensbegrenzung nicht ausreicht, setzte sich durch. Die Formulierung im Abschlussdokument ist nun konkreter als die von Paris. Auch ein Regelbuch zum Umsetzung des Pariser Beschlüsse ist nach bislang vergeblichen Anläufen zustande gekommen. Darin sind die Regeln der Erhebung, Berechnung, Berichterstattung und des zwischenstaatlichen Ausgleichs festgehalten.

Als Zwischenziel zur Klimaneutralität, die die überwiegend Mehrheit der Staaten anstreben, wenn auch zu unterschiedlichen Zeitpunkten, steht jetzt minus 45 % CO₂ bis 2030 im Vergleich zu 2010 als konkretes Ziel fest.

Positiv zu sehen sind auch die Initiativen zur Verringerung der Kohleverstromung, zum Erhalt der Wälder, zum Abschied vom Verbrennungsmotor und zur Reduzierung der Methanemissionen um 30 % bis 2030. Die fossilen Energieträger als Ursache des Klimawandels wurden erstmals klar benannt. Dass insbesondere Kohle keine Zukunft hat, zeichnet sich nun ab, wenn auch im Abschlussdokument auf Druck von China und Indien nur von einer Verringerung („phase-down“), nicht vor der Notwendigkeit des Ausstiegs („phase-out“) gesprochen wird. Zumindest „ineffiziente“ Subventionen für fossile Energien sollten laut Abschlusserklärung gestoppt werden. Überschaubare Zustimmung fand hingegen die deutsche Initiative zum Verzicht auf Atomenergie, die nicht zur umweltfreundlichen Energie umdeklariert werden dürfe, der sich nur vier weitere Staaten anschließen wollten.

Zusätzliche Gelder von Industrieländern für ärmere Länder für Maßnahmen zum Schutz vor den Folgen des Klimawandels und zur Beseitigung der Schäden wurden in Aussicht gestellt, der von diesen geforderte Mechanismus fand keine Mehrheit, letztendlich wird nur ein Sekretariat zur Bearbeitung des Themas eingerichtet: eine Peinlichkeit, denn die Industrieländer hatten schon vor Jahren angekündigt, ab 2020 stünde ein Finanztopf in Höhe von jährlich 100 Mrd. US-Dollar für Hilfen und Investitionen zur Verfügung. Diese Zusage wurde nochmal bekräftigt, allerdings wird der Topf wohl erst ab 2023 im zugesagten Umfang bereitstehen.

Am Ende bleibt der positive Eindruck, dass sich Tempo des Klimaschutzes beschleunigt. Jede Nation und die Staatengemeinschaft insgesamt kommen immer weniger an den schmerzhaften Tatsachen des Klimawandels vorbei. Auch der Handlungsdruck wächst von Jahr zu Jahr. Dennoch sind bei vielen Staaten Widersprüche erkennbar, klaffen große Lücken zwischen den Klimaschutzzielen und den Zusagen, sowie zwischen den Zusagen und der Praxis. So liegt der Abschied von der Nutzung fossiler Energieträger noch in weiter Ferne, vor allem hinsichtlich Erdöl und Erdgas, nur der von der Kohleverbrennung zeichnet sich allmählich ab. Die Zusage Brasiliens, bis 2030 die Zerstörung von Regenwald zu stoppen und die von China (als weltweit größtem Kohlenutzer) zur Reduzierung der CO₂-Emissionen (erst) ab 2030, kann man wahlweise als Entgegenkommen oder auch als Drohung verstehen, denn die Fortsetzung dieser Praktiken sabotieren das 1,5 Grad-Ziel.

Nicht nur Umweltaktivisten zeigten sich unzufrieden. Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) sah in den Ergebnissen nicht den „dringend notwendigen großen Wurf“ und forderte verbindliche Klimaschutzziele für alle Staaten. UN-Generalsekretär Guterres bezeichnet die erzielten Fortschritte als „nicht genug“ und „voller Widersprüche und mahnte zum Schluss: „Die Klimakatastrophe steht weiter vor der Tür.“ (rk)

Quellen:

„Der Weg ist jetzt vorgezeichnet“, www.tagesschau.de, 14.11.2021

„Was der Klimagipfel erreicht hat“, www.tagesschau.de, 14.11.2021

„Die wichtigsten Ergebnisse der Klimakonferenz“, www.zdf.de, 14.11.2021

„Diese Abschlusserklärung ist ein Betrug“, www.tagesschau.de, 14.11.2021